

Stadtverordnetenversammlung Stadt Cottbus / město Chósebuz



Antrag

Antrags-Nr.: AT-18/23

öffentlich

nichtöffentlich

Antragsteller: DIE LINKE

Antragsdatum:
19. April 2023

Beratungsfolge:	Datum		Datum
<input type="checkbox"/> Dienstberatung Oberbürgermeister		<input type="checkbox"/> Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz	
<input type="checkbox"/> Ausschuss für Haushalt und Finanzen		<input type="checkbox"/> Ausschuss für Bau und Verkehr	
<input type="checkbox"/> Ausschuss für Recht, Ordnung, Sicherheit und Petitionen		<input checked="" type="checkbox"/> Hauptausschuss	24.05.2023
<input type="checkbox"/> Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Rechte für Minderheiten		<input checked="" type="checkbox"/> Stadtverordnetenversammlung	31.05.2023
<input type="checkbox"/> Ausschuss für Bildung, Sport, Kultur und sorbisch/wendische Angelegenheiten		<input type="checkbox"/> Beteiligung Ortsbeiräte nach KVerf	
<input type="checkbox"/> Ausschuss für Wirtschaft, Beteiligung und Strukturwandel		<input type="checkbox"/> Information an AG Ortsteile	
		<input type="checkbox"/> Jugendhilfeausschuss	

Antragsgegenstand:

Arbeitskräftesicherung unter den Aspekten der demografischen Entwicklung in Cottbus/Chósebuz

Inhalt des Antrages:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Die Stadtverordnetenversammlung schlägt dem Oberbürgermeister vor, mit Blick auf die demografische Entwicklung in unserer Stadt und den Entwicklungen am Arbeitsmarkt, einen Runden Tisch oder eine vergleichbare Form der aktiven, lösungsorientierten Kommunikation einzuberufen.
2. Dieses Gremium kann die Entwicklung in unserer Stadt (und der Region) unter Beachtung zukünftiger Anforderungen zur Arbeitskräftesicherung analysieren und Lösungsansätze formulieren.
3. In dieses Gremium sind die Kammern, Vertreter von Unternehmerverbänden, Gewerkschaften und weitere Akteure einzubeziehen.

Unterschrift Antragsteller/in

Beschlussniederschrift

- Gremium: HA StVV
 einstimmig mit Stimmenmehrheit
 laut Beschlussvorschlag
 mit Veränderungen (siehe Niederschrift)

Beschluss-Nr.:

Tagung am: TOP:
Anzahl der **Ja**-Stimmen:
Anzahl der **Nein**-Stimmen:
Anzahl der **Stimmenthaltungen**:

Begründung:

Die im Rahmen des in Erarbeitung befindlichen Sozial- und Bildungsreportes erneut veröffentlichte Darstellung der demografischen Entwicklung in unserer Stadt macht deutlich, dass sich die Arbeitskräftesituation und das soziale Gefüge weiter in eine schwierige Situation verschieben.

In den nächsten 5-10 Jahren kommen die Menschen der sogenannten „Baby-Boomer-Generation“ in das Rentenalter. In kurzer Zeit werden also verhältnismäßig viele Menschen aus dem Berufsleben ausscheiden.

Gleichzeitig kommen aus den jüngeren Lebensaltern nicht annähernd so viele Menschen in die Lebensphase der Erwerbstätigkeit.

Der Fachkräftemangel und die vielen unbesetzten Ausbildungsplätze zeigen bereits heute ein Bild, das sich in dieser Richtung voraussichtlich deutlich verschärfen wird.

Vor der Stadt und der Region stehen wiederum mit den Aufgaben des Strukturwandels hohe Anforderungen, auch den Arbeitsmarkt betreffend.

Die häufig postulierten Absichten und eingeleiteten Aktionen, Arbeitskräfte aus anderen Regionen „abzuwerben“ sind volkswirtschaftlich nicht wirklich zielführend, da die Situation in Deutschland praktisch überall ähnlich ist und ironischerweise ähnliche Herangehensweisen auch dort präferiert werden.

In diesem Rahmen sollte zusätzlich auch die Zuwanderungspolitik und der Umgang mit bereits im Land und der Stadt lebenden Menschen mit Migrationshintergrund beleuchtet werden, um neue Lösungsansätze zu finden.